



SH.GRUENE-FRAKTION.DE

# RECHENSCHAFTSBERICHT

# 2014 - 2016

Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN  
im Schleswig-Holsteinischen Landtag



## Grüne bringen das Land nach vorn!



Von Eka von Kalben

Das beste Mittel zur Wahrung unserer Demokratie ist gute Politik. Diese versuchen wir umzusetzen: durch Initiativen der Landtagsfraktion und durch das Handeln in der Landesregierung. Diese unterstützen wir nach besten Kräften, allen voran natürlich das Grüne MinisterInnen-Duo Monika und Robert.

Zunächst daher ein paar Punkte die ich, stellvertretend für unsere Arbeit im Land, nennen möchte:

**1.** Unseren Schwerpunkt Bildung haben wir seit der Wahl im Jahr 2012 konsequent gestärkt. Wir haben in Kitas, in Schulen und Hochschulen im Land investiert und zusätzliche Gelder zur Verfügung gestellt, die unter Schwarz-Gelb so nicht geplant waren. Wir liegen im U3-Ausbau mittlerweile an der Spitze, den Betreuungsschlüssel im Ganztagsbereich haben wir spürbar verbessert.

**2.** Mit dem Landesnaturschutzgesetz und anderen Maßnahmen ist endlich wieder der Schutz der Natur in den Vordergrund gerückt. Ob Knickschutz, Pestizide oder Gülle – wir gehen auch in die Auseinandersetzung mit dem Bauernverband, natürlich im Dialog. Bürgerdialog ist auch bei der Energiewende gefragt: Trotz des Urteils des Oberverwaltungsgerichtes Schleswig-Holstein haben wir kontinuierlich an der Umsetzung der Energiewende gearbeitet und sind dabei, neue Kriterien zur Ausweisung von Windkrafteignungsgebieten zu erstellen.

**3.** Mit dem Infrastrukturbericht haben wir den ersten ressortübergreifenden Überblick über die Sanierungsbedürftigkeit der Infrastruktur im Land

erstellt und somit eine solide Entscheidungsgrundlage geschaffen. Mit den neuen Programmen ‚PROFI‘ und ‚IMPULS‘ gehen wir systematisch die energetische Sanierung von öffentlichen Einrichtungen an, auch von Schulen und Kitas. Insgesamt fließen 398,5 Mio. Euro in die neuen Programme. Wir stellen uns der Herausforderung, kaputte Infrastruktur zu sanieren.

**4.** Wir können Haushalt. Trotz eines erheblichen finanziellen Mehrbedarfs im Rahmen der Flüchtlingssituation halten wir die Schuldenbremse ein. Wir haben mit unserer tüchtigen Finanzministerin dafür gesorgt, dass Schleswig-Holstein auch in den kommenden Jahren gut aufgestellt sein wird.

**5.** Alle Flüchtlinge, die zu uns gekommen sind, haben ein festes Dach über dem Kopf bekommen. Die Verteilung auf die Kommunen haben wir beschleunigt, um zügig mit der Integration beginnen zu können. Wir wissen, dass die Kommunen dabei unsere Unterstützung und die des Bundes benötigen. Deshalb haben wir für Schulsozialarbeit, in Zusammenhang mit der Reform des FAG, für den Kitausbau und nicht zuletzt im Bereich Flüchtlinge, deutlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt als die Vorgängerregierung, weit über 100 Millionen Euro pro Jahr.

**6.** Der Mehrarbeit bei Polizei und Justiz auch durch die Zahl der Geflüchteten begegnen wir mit einem Aufbau weiterer Stellen. Außerdem haben wir einen Polizeibeauftragten als Ansprechpartner für PolizistInnen wie auch BürgerInnen eingerichtet. Grüne stehen für Sicherheit durch Polizei und Prävention und nicht für eine Sicherheit mit Hilfe von Datenbergen.

**Unsere zehn Abgeordneten stellen, jeweils aus ihren Themenbereichen, die wichtigsten Initiativen vor.**





## Themen: Haushalt/Finanzen, Hochschule, Queer, Minderheiten, Kampf gegen Rechts



Von Rasmus Andresen

Die sechs wichtigsten Punkte aus meiner politischen Arbeit:

### 1. Besser ausgestattete Hochschulen

Wir haben es geschafft, unsere Hochschulen deutlich besser auszustatten und fit für den doppelten Abiturjahrgang zu machen. Dafür gibt es aufwachsend in den nächsten Jahren bis zu 25 Mio. Euro extra für unsere Hochschulen.

### 2. Demokratische Hochschulen

2014 haben wir auf dem Landesparteitag beschlossen, dass wir Studierende und Personal in den Hochschulen paritätisch mitbestimmen lassen wollen. Im Dezember 2015 haben wir dies mit unserem neuen Hochschulgesetz weitestgehend umgesetzt.

### 3. Grüne als AnsprechpartnerInnen für kreative GründerInnen

Bei uns im Land gibt es viele kreative GründerInnen, die sich mit sozial-ökologischen Ideen auf den Weg machen. Sie lechzen nach Förderstrukturen, die nicht einseitig auf Wachstum ausgelegt sind und nach Freiräumen, um Ideen entwickeln zu können. Durch ein Fachgespräch haben wir den Dialog mit den GründerInnen begonnen. Unser Ziel muss sein, mit ihnen gemeinsam unsere Wirtschaftsstruktur umzubauen.

### 4. Abbau umweltschädlicher Subventionen

In öffentlichen Haushalten gibt es verdeckt viele umweltschädliche Subventionen. Die müssen wir abbauen. Als ersten Schritt haben wir in der Koalition durchgesetzt, diese in einem Bericht aufzuschlüsseln. Dies ist ein Anfang, um sie abzuschaffen.

### 5. Präventionsprogramme gegen Rechts

Rechte Gewalt und rassistische Stimmungsmache nehmen leider auch bei uns im Land zu. Dagegen hilft unter anderem Präventionsarbeit. Wir haben deshalb vor drei Jahren Beratungszentren an fünf Orten im Land eingerichtet und sie über den Landeshaushalt 2016 finanziell gestärkt.

### 6. Sexuelle Vielfalt fördern

Auf Schleswig-Holsteins Schulhöfen ist „schwul“ immer noch eines der meist benutzten Schimpfwörter. Um mehr Akzeptanz für sexuelle Minderheiten zu schaffen, haben wir einen Aktionsplan für sexuelle Vielfalt und gegen Homo-, Bi- und Transphobie ins Leben gerufen. Nachdem die ersten Projekte erfolgreich angelaufen sind, folgt jetzt ein Fachgespräch im Landtag, um über Perspektiven zu sprechen.

Mehr Informationen: Mein Newsletter ([regionalbuero@rasmus-andresen.de](mailto:regionalbuero@rasmus-andresen.de)) oder bei Facebook, Twitter oder Instagram.

## Themen: Gesundheit und Pflege, Familie, Kinder und Jugend, Frauen und Gleichstellung



Von Marret Bohn

Die zehn wichtigsten Punkte aus meiner politischen Arbeit:

### 1. Krankenhäuser werden besser gefördert

Mein größtes politisches Ziel für die zweite Hälfte der Legislaturperiode ist, die Situation für PatientInnen und Personal in den Krankenhäusern zu verbessern und eine Lösung zum Abbau des Investitionsstaus von etwa 554 Mio. Euro zu finden. Der Grüne Weg zu diesem Ziel führt über die Zensus-Mittel, ein Sonderprogramm Krankenhausförderung und den Schwerpunkt im Investitionsprogramm „IMPULS 2030“.

### 2. Das Krankenhaus Brunsbüttel wird bundesweites Leuchtturmprojekt

Das Krankenhaus Brunsbüttel wird durch unseren gemeinsamen Grünen Einsatz zum bundesweiten Modellprojekt für die Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum.

### 3. Gesundheitskarte für AsylbewerberInnen eingeführt

Als viertes Bundesland führt Schleswig-Holstein die Gesundheitskarte für AsylbewerberInnen ein. Wir sind das erste Bundesland, in dem sich alle Kommunen beteiligen.

### 4. Geburtshilfe und Hebammen unterstützt

Eine umfangreiche Analyse der Situation in der Geburtshilfe und der Hebammen ist erstellt worden. Auf Grüne Initiative werden regionale Konzepte für die besonders betroffenen Regionen Nordfriesland und Ostholstein erstellt.

### 5. Landeszuschüsse für Frauenhäuser, Mädchenhaus und Frauenberatungsstellen erhöht

Das Frauenhaus Norderstedt bekommt durch gemeinsame Grüne Initiative einen Neubau.

### 6. Pflegekammer errichtet

Die demokratische Selbstvertretung für Pflegenden wird möglich durch die Errichtung einer Pflegekammer.

### 7. Ausbildungsplätze in der Altenpflege geschaffen

Wir haben 600 zusätzlich geförderte Ausbildungsplätze in der Altenpflege geschaffen. Jetzt ist die Ausbildung in der Altenpflege in Schleswig-Holstein endlich kostenfrei.

### 8. Beratungsangebot für männliche Opfer sexueller Gewalt gesichert

### 9. Bundesratsinitiative zur Novellierung des Sexualstrafrechts „Nein heißt Nein“ gestartet

### 10. Aktionsplan für Menschen mit Behinderung, Eingliederungshilfe modernisiert und Budget für Arbeit eingeführt

Inklusion geht nach der Schule weiter: Schritt für Schritt bauen wir Barrieren ab und setzen die UN-Behindertenrechtskonvention um.

Fragen oder mehr Infos gewünscht? Meldet Euch sehr gerne persönlich, per Mail [marret.bohn@gruene.ltsh.de](mailto:marret.bohn@gruene.ltsh.de) oder bei Facebook.

Danke an alle, die die Initiativen unterstützt und begleitet haben!



## Themen: Schule und Kita



Von Anke Erdmann

In den letzten knapp zwei Jahren konnten wir vieles erreichen.

### Wir haben:

1. Unter anderem BAföG-Mittel in Höhe von 36,4 Mio. Euro pro Jahr primär in die Verbesserung der Unterrichtsversorgung investiert.
2. 542 Schulassistenten an unseren Grundschulen und mehr Förderlehrkräfte für bessere Inklusionsbedingungen eingesetzt.
3. Die Plätze für Nachwuchslehrkräfte ausgebaut.
4. 20 Mio. Euro mehr für Qualität an Kitas in diesem Jahr bewilligt, unter anderem die Finanzierung einer zweiten Kraft am Nachmittag für Kinder ab drei Jahren, hundert neue Familienzentren und den Ausbau der Fachberatung.
5. Den Krippenausbau mit 12.500 Euro jährlich pro neu geschaffenem Platz finanziert.
6. Sieben neue Oberstufen an Gemeinschaftsschulen eingerichtet.
7. Ein neues Besoldungsgesetz für mehr Lohngleichheit in Lehrerzimmern an Gemeinschaftsschulen verabschiedet.
8. Eine Vereinbarung über ein Krippengeld ab 2017 für alle Krippen-Kinder, damit wir nicht weiter bundesweit im Durchschnitt die zweithöchsten Elternbeiträge haben.
9. Kleine Dorfschulen gestärkt, unter anderem durch die Absenkung der Mindestgröße von Außenstellen und die Einführung einer Experimentierklausel.

10. Den „Schul-TÜV“ wieder eingeführt.

11. Die notenfreie Grundschule ermöglicht und die schriftliche Übergangsempfehlung abgeschafft.

12. Sechs „plietsch“-Veranstaltungen zu Inklusion, Flüchtlingen und Partizipation mit insgesamt mehreren hundert TeilnehmerInnen durchgeführt.

13. Das Lehrkräftebildungsgesetz verabschiedet – gemeinsam mit Rasmus Andresen und Ines Strehlau.

### Im Bereich geflüchtete Kinder und Jugendliche in Kita und Schule haben wir:

1. Bislang 700 Lehrerstellen für 8.000 geflüchtete Kinder und Jugendliche in unseren Schulen bewilligt, Tendenz steigend.
2. Spezielle Fortbildungen für Lehrkräfte sowie Ferien- und Nachmittagsbetreuung für die neuen SchülerInnen ermöglicht.
3. Die Sprachförderung an Kitas massiv ausgebaut.
4. Ein 60 Mio. Euro Kita-Paket verabschiedet, um unter anderem neue Kita-Plätze für Kinder zu schaffen.

Rund fünfzig Vormittage habe ich in den letzten beiden Jahren in Schulen und Kitas im Land verbracht. Im letzten Herbst, als tausende Flüchtlinge in Kiel auf die Weiterfahrt nach Schweden gewartet haben, war ich aber kaum unterwegs – es mussten so viele Dinge unmittelbar vor Ort angepackt werden. In der Zeit habe ich viel Verständnis von Euch bekommen – vielen Dank dafür!

Fragen? Anregungen? Soll ich eine Schule oder Kita bei Euch besuchen? Meldet Euch einfach!





## Themen: Umwelt, Naturschutz und Kultur



Von Marlies Fritzen

### Umweltpolitik

Für den Umweltbereich haben wir den Koalitionsvertrag weitgehend abgearbeitet. In der kommenden Woche wird der Landtag das neue Landesnaturschutzgesetz beschließen. Damit stärken wir den Naturschutz im Land. 15 Prozent der Landesfläche sollen zukünftig als Biotopverbund dienen. Darin sind 2 Prozent Wildnisgebiete enthalten. Die für Schleswig-Holstein typischen Knicks werden besser geschützt. Das arten- und strukturreiche Grünland steht unter Biotopschutz.



© Bettina Aust

Naturwaldflächen werden rechtlich gesichert. Gentechnisch veränderte Organismen werden in und im Umfeld von Naturschutzgebieten verboten. Das Vorkaufsrecht wird wieder eingeführt. Beauftragte und Beiräte für den Naturschutz werden für die Kreise verpflichtend. Damit wird der ehrenamtliche Naturschutz gestärkt. Mit dem Haushalt 2016 haben wir die Förderung für die

Naturschutzverbände deutlich angehoben. Auch der Vertragsnaturschutz wurde gestärkt. Ein landesweites Ausgleichsflächenkataster ist im Aufbau. Gemeinsam mit dem Bund und den übrigen Küstenländern hat Schleswig-Holstein ein Maßnahmenprogramm für den Meeresschutz beschlossen. Beim Gewässerschutz wurden wichtige Fortschritte erzielt. Doch der Bund verschleppt die dringend erforderliche Novellierung der Düngeverordnung. Hier müssen wir weiterhin, gemeinsam mit anderen grün mitregierten Ländern, im Bundesrat Druck machen.

### Kulturpolitik

Das FolkBaltica Festival leistet einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Zusammenarbeit im Nord- und Ostseeraum und somit zur grenzüberschreitenden Völkerverständigung. Es gibt baltischen und nordischen KünstlerInnen die Möglichkeit aufzutreten und ihr hohes Niveau zu zeigen. Für uns Grüne hat die über Grenzen hinweg stattfindende Kulturarbeit einen großen Stellenwert. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass es eine deutliche Aufstockung der Landeszuwendungen von 50.000 Euro auf 70.000 Euro jährlich gab.

Trotz der Erhöhung des Haushaltsansatzes in Höhe von 230.000 Euro auf 280.000 Euro haben wir noch immer nicht ausreichend Mittel für die Gedenkstättenarbeit. Die Erinnerungsarbeit ist wichtig für unser Land. Eine große Aufgabe, die noch vor uns liegt, ist die Stärkung der Arbeit vor Ort, insbesondere die Unterstützung der Initiativen, die professionelle und wissenschaftliche Begleitung und Konzeption der Gedenkstätten sowie die Weiterentwicklung der Bürgerstiftung.

## Themen: Migration und Religion



Von Eka von Kalben

Für die Aufnahme von Flüchtlingen haben wir 2016 im Haushalt 816 Mio. Euro bereitgestellt. Wir haben die Zahl der Erstaufnahmeplätze binnen eines Jahres von 1350 auf aktuell 12.432 vervielfacht. Wir unterstützen die Kommunen: Von den Flüchtlingskosten erstattet das Land jetzt 90, statt zuvor 70 Prozent, und die Integrationspauschale beträgt nun einmalig 2000 Euro, statt zuvor 30 Euro pro Quartal. Zusätzlich zu bisher insgesamt 720 neu geschaffenen Lehrerstellen (plus 200 in 2017) haben wir im Haushalt insgesamt 10,79 Mio. Euro für Deutsch als Zweitsprache-Maßnahmen, Sprachförderung und Orientierungshilfen bereitgestellt. Die Mittel für Stellen der Migrationssozialberatung, psychosozialen Betreuung und Sprachförderung in Kitas haben wir ebenfalls erheblich angehoben.

Nachdem wir die Abschiebehaftanstalt Rendsburg schon Ende 2014 geschlossen hatten, beschäftigen wir uns derzeit intensiv mit dem Thema Rückführung und Abschiebung. Die bundesgesetzlichen Verschärfungen machen uns, aber vor allem den Flüchtlingen und denen, die sie betreuen, das Leben schwer. Wir haben uns mit dem Konzept in Rheinland-Pfalz beschäftigt, welches sehr stark auf eine „freiwillige“ Rückkehr setzt. Wir hoffen, gemeinsam mit der Landesregierung ein gutes Konzept zu erarbeiten.

Der Bereich Migration und Flucht hat uns in jeder Landtagstagung beschäftigt, was zeigt, dass wir uns neben der Unterbringung auch sehr stark mit der Integration beschäftigen haben.

Wenn man von der unsäglichen Schweinefleischdebatte absieht, sind wir auch in Sachen interkultureller Dialog bereits sehr weit. Wir haben gemeinsam mit der LAG Migration eine Veranstaltungsreihe zu Identität in Schleswig-Holstein ins Leben gerufen. Außerdem veranstalten wir zusammen mit Menschen vor Ort Infostände zur Flüchtlingssituation. Wir verstecken uns mit unseren Ansichten nicht – im Gegenteil. Wenn ihr diese Wiederauflage der Tour der Vielfalt buchen wollt, meldet Euch gerne.

Als kirchenpolitische Sprecherin bin ich außerdem in engem Austausch mit allen Religionsgemeinschaften. Die Diskussionen um den Gottesbezug in der Landesverfassung und eine humanitäre Flüchtlingspolitik bieten hier gute Anknüpfungspunkte.

Wir haben im letzten Jahr viel erreicht, es bleibt aber auch noch viel zu tun. Momentan ist es wichtiger denn je, Grüne Akzente in der Migrations- und Flüchtlingspolitik zu setzen und über das Verhältnis von Staat und Religion zu sprechen.





## Themen: Energie, Fahrrad, Tierschutz



Von Detlef Matthiessen

Die Befürchtungen über die Lasten der Atomkraft wurden gerade in Schleswig-Holstein offensichtlich. Marode Fässer in Brunsbüttel, Betriebsprobleme in Brokdorf und strahlende Ruinen in Krümmel. Hier mussten wir besonnen klären, wie wir mit den Altlasten einer verfehlten Politik der Vergangenheit umzugehen haben.

Es wurde aber auch ein erster Grüner Traum wahr. 2015 kam unser Strom rechnerisch zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien. Jetzt machen wir uns daran, in den nächsten Jahren 300 Prozent zu erreichen, um die Energiewende in andere Länder sowie in die Bereiche Verkehr und Wärme zu übertragen.

Die beste Energie ist jedoch die, die man nicht braucht. Im Verkehr ist das Fahrrad ein zentrales Element der Zukunft. Ohne Fahrrad wird der öffentliche Personenverkehr auf dem Land bald nicht mehr darstellbar sein. In den Städten trumpft das Fahrrad mit seiner Lärm- und Schadstofffreiheit auf. Deshalb haben wir im Haushalt eine Million Euro verankert, mit dem Fahrradstationen und innovative Fahrradkonzepte vorangebracht werden sollen. Zudem haben wir mit 70.000 Euro aus dem Haushalt die Gründung des Vereins RAD.SH angeschoben, der die Interessen fahrradfreundlicher Kommunen bündeln wird. Die

Gründung steht kurz bevor.

Mit dem Gesetz zur Tierschutzverbandsklage ist endlich auch in Schleswig-Holstein eine lange Forderung des Tierschutzes gesetzliche Wirklichkeit geworden.

Neu und sehr erfolgreich wird die Katzenkastration in Schleswig-Holstein aus einer Mischung öffentlichen und privaten Geldes gefördert und so kann hoffentlich die große Population verwilderter Katzen eingedämmt werden.

Mit dem Gefahrhundegesetz konnten Grüne Parteitagebeschlüsse umgesetzt werden: Kein Hund wird mehr als Gefahrhund definiert allein aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse. Stattdessen hat das neue Hundegesetz die Möglichkeit der Gefahrhunderklärung aufgrund von konkreten Verhaltensweisen von Mensch und Hund verschärft. Durch die allgemeine Kennzeichnungspflicht (Chippen) kann kein zu Weihnachten gekaufter Hund in den Sommerferien anonym an das Tor des Tierheims angeleint werden.



© Linol Vogel\_fotolia.com



## Themen: Innen und Recht



Von Burkhard Peters

Der Bereich Innen- und Rechtspolitik war insbesondere von Sicherheitsdebatten rund um Kriminalitätsraten - vor allem Wohnungseinbrüche - und Polizeistellen gekennzeichnet.

Wir haben ein liberales und im Ländervergleich fortschrittliches Versammlungsgesetz verabschiedet, das das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit schützt und polizeiliche Eingriffe an strenge Voraussetzungen knüpft.

Wir haben wichtige Reformen des Kommunal- sowie Wahlrechts in Angriff genommen, die einen Gewinn für die Demokratie bringen. Bezüglich des Wahlrechts befinden sich eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen auf der Zielgeraden, etwa zur Einführung eines Wahlrechts für betreute und behinderte Menschen.

Besonders hervorheben möchte ich zwei Projekte, die wir maßgeblich vorangetrieben haben und die in Kürze verabschiedet werden: einerseits die Einführung einer Beauftragtenstelle für die Landespolizei, die Missstände sowohl innerhalb der Polizei als auch im Verhalten gegenüber BürgerInnen aufdecken und beheben und zwischen den AkteurInnen vermitteln kann. Diese Neuerung kann das Vertrauen in die Institutionen nachhaltig stärken, hilft der Polizei und ist mitnichten, wie die CDU in ihrem vordemokratischen Verständnis nicht müde wird zu kritisieren, ein „Misstrauensvotum an die Polizei“.

Das zweite Projekt ist natürlich die Einführung eines eigenen Strafvollzugsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein, das ebenfalls kurz vor der Verabschiedung steht. Dieses Vorhaben ist sehr fortschrittlich im Vergleich zu anderen Bundesländern und wird unseren Vollzug maßgeblich verbessern, modernisieren und liberalisieren. In erster Linie zu nennen ist die stärkere Fokussierung auf Resozialisierung, Behandlungsvollzug, Übergangsmanagement und Erhaltung der familiären Bindungen.



Auch für den Rest der Legislaturperiode haben wir noch einiges auf dem Zettel: So befindet sich ein Entwurf für eine Reform unseres Informationszugangsgesetzes in Vorbereitung, der für die BürgerInnen mehr Transparenz staatlichen Handelns bringen soll.

## Themen: Berufliche Bildung und Kommunales



Von Ines Strehlau

Die **berufliche Bildung** ist durch die Verlagerung in das Bildungsministerium deutlich gestärkt worden. Eine große Herausforderung bleibt, den Übergangsbereich Schule-Beruf qualifizierend neu zu strukturieren, um mehr Jugendliche nach der Schule direkt in Ausbildung zu bringen. Hinzugekommen ist der Bedarf an Deutsch als Zweitsprache-Klassen (DaZ) und an Ausbildungsvorbereitung für die Geflüchteten.

### Was machen wir?

1. Es werden fünf Modellprojekte für Jugendberufsagenturen vom Land gefördert.
2. Die Berufseingangsklassen und das ausbildungsvorbereitende Jahr sollen in der Ausbildungsvorbereitung Schleswig-Holstein zusammengefasst werden. Schule und Praxisanteile in Betrieben sind Bestandteil des Konzepts. Ziel ist, die Jugendlichen zügig in Ausbildung zu vermitteln.
3. In 2015 haben wir 365 Stellen im Haushalt zur Verfügung gestellt. Viele davon für die neu aufgebauten DaZ-Strukturen an beruflichen Schulen. Zusätzlich stehen 4 Mio. Euro (das entspricht etwa 80 Stellen) für 2016 im Haushalt, die die RBZ und beruflichen Schulen selbstständig für Personal verwenden können.

### Außerdem:

Unsere Grüne Idee, die berufliche Bildung in einem schleswig-holsteinischen Institut für berufliche Bildung zusammen zu führen, ist sehr positiv aufgenommen worden. Im Moment wird ein Gutachten über die mögliche Rechtsform

erstellt. Ziel ist ein fraktionsübergreifender Antrag, damit das Konzept in die Wahlprogramme möglichst vieler Parteien einfließt.

### Gastschulabkommen:

Es laufen Verhandlungen zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg. Wir sind zuversichtlich, dass es in diesem Jahr ein neues Abkommen mit Erleichterungen für den Schulbesuch zwischen den Ländern gibt.

### Kommunales

#### Gesetzentwürfe in der Anhörung:

Stärkung der Kommunalwirtschaft

1. Erweiterung der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt- und Gemeindewerke, um die Energiewende auch auf kommunaler Ebene zu fördern.
2. Demokratisierung der Gesellschafterversammlungen (Mitglieder der Kommunalvertretungen können Mitglied sein, nicht nur BürgermeisterInnen). Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften
3. Es dürfen auch stellvertretende bürgerliche Mitglieder an nicht-öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse teilnehmen, für die sie gewählt wurden.
4. Wir stärken die Einwohnergewichtung in den Amtsausschüssen, aber ohne die Zahl der Mitglieder zu erhöhen (die Zahl der Mitglieder wird nicht abgesenkt).

### Und sonst noch?

Ich bin mit Burkhard Peters und Bernd Voß im Land und in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen unterwegs gewesen, um mich über die Kommunalstrukturen dort zu informieren. Wir überlegen, ob wir Elemente für Schleswig-Holstein übernehmen sollten. Dazu werden wir mit euch auf dem Parteitag und auf den Kommunalotreffen weiter diskutieren.

## Themen: Arbeit, Wirtschaft, Verkehr



Von Andreas Tietze

Arbeit ist für uns ein wichtiges politisches Thema. Deshalb haben wir einen Mindestlohn bei Landesaufträgen festgeschrieben. Dieser orientiert sich an Tariflöhnen und liegt mit 9,18 Euro pro Stunde oberhalb des Mindestlohnes der Bundesregierung. Dazu passend werden mit Hilfe eines Registers Tarifverstöße verhindert, damit Lohn- dumping keine Chance mehr hat.

Viele Unternehmen in Schleswig-Holstein sind auf dem Weg Ökologie und Ökonomie zu verbinden und schätzen uns als DialogpartnerInnen. In der Verkehrspolitik erkennen das viele leider noch nicht, weil sie sich oft noch ideologisch verbohren. Im wahrsten Sinne des Wortes, wie man beim Glückstadt-Elbtunnel sagen möchte. Wir treiben Lösungsvorschläge wie „Der Grüne Weg nach Westen“ – das Alternativkonzept zur A 20 - weiter voran.

Auf der Schiene kommt unsere Initiative Netz25+ zum Zuge. Wir durchschlugen den Gordischen Knoten bei den zukünftigen Fahrplänen der Strecke Kiel – Lübeck, indem wir einen Wettbewerb der Fahrpläne anschoßen. Dadurch wurden die Fahrpläne und deren Vor- und Nachteile für alle verständlich. Zudem brachten auch Bürgerinitiativen eigene Vorschläge ein, die gleichberechtigt geprüft wurden. Eine ganze Region stellt sich hinter unseren Fahrplan, weil er anhand von nachvollziehbaren Kriterien die beste Variante darstellt. Diesen Erfolg auf das gesamte Netz zu übertragen, ist derzeit unser großes verkehrspolitisches Thema.

Mit Netz25+ wollen wir den Nah- und Regionalverkehr neu ordnen und verbessern. Herzstück ist eine Elektrifizierungsoffensive, die nicht nur Emissionen reduziert, sondern auch Betriebskosten spart. Geld, das wir in das Netz reinvestieren wollen. Wir verbessern die Angebote nach dem Prinzip „starke Linien und flexible Bedienformen“, damit jede/r zum Ziel kommt. So werden noch mehr Menschen Züge und Busse nutzen und für weitere Mehreinnahmen sowie sinkende Emissionen sorgen.



## Themen: Europa und Eine Welt, Verbraucherschutz, Landwirtschaft



Von Bernd Voß

### Europa und Eine Welt:

Mit drei Beschlüssen des Landtages zu den Freihandelsverträgen CETA und TTIP haben wir in der Küstenkoalition sehr klar unsere Anforderungen an diese Verträge formuliert. Die Haltung des Landes ist wegen der notwendigen Zustimmung im Bundesrat von besonderer Bedeutung. Neben zahlreichen Initiativen und Beschlüssen des Landtages zu Europa und Migration, dem europäischen Ausstieg aus der Atomenergie und EURATOM sowie der Zusammenarbeit der Regionen rund um die Nordsee konnten wir Eckpunkte in der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie setzen. So können die UN-Nachhaltigkeitsziele ein Maßstab der Landesentwicklungsstrategie werden.

In der Ostseezusammenarbeit sind wir in der Ostseeparlamentarierkonferenz und im Parlamentsforum südliche Ostsee vertreten. In der inhaltlichen Arbeit dieser Ostseegremien haben wir erreicht, dass erstmals die Themen Landwirtschaft, ländlicher Raum und Umwelt Schwerpunkt geworden sind.

### Verbraucherschutz:

Mit der Zielvereinbarung mit der Verbraucherzentrale wurde deren Budget um 20 Prozent aufgestockt. Wir konnten darüber hinaus durchsetzen, dass die Mittel des Landes weitgehend flexibel für die Co-Finanzierung von weiteren Projekten verwendet werden können. Neben einer Digitalisierung der Beratung sollen auch fünf Beratungsstellen im Land erhalten bleiben.

Die Weiterentwicklung der Organisation der Lebensmittelkontrolle ist ständige Herausforderung, in ihre bessere Finanzierung hat diese Regierung investiert. Für die Produktkennzeichnung hat der Landtag nach langer Vorarbeit in der Koalition eine einfache, aber gesetzliche Herkunftskennzeichnung der Tierhaltung für alle Erzeugnisse gefordert. Hierzu haben wir Vorschläge erarbeitet.

### Landwirtschaft:

Landtagsbeschlüsse gab es zum Beispiel zur Umsetzung des neuen europäischen grünen Gentechnikrechts, einer Strategie für den Ökolandbau und einer Eiweißpflanzenstrategie. Diese Beschlüsse werden insbesondere mit den Mitteln aus dem europäischen Fonds für ländliche Entwicklung umgesetzt. Damit konnten auch neue und erweiterte Programme für Agrarumweltmaßnahmen, Beweidung, Wiesen- und Gewässerschutz, Tierwohl und erfreulicherweise auch in der Bildungsinfrastruktur aufgebaut werden.

Die konsequente Reduktion des Pflanzenschutz-einsatzes und der Nährstoffeinträge fand in der neuen Zielvereinbarung der Landwirtschaftskammer Einzug. Pflanzenschutz war im Landtag Inhalt unserer Anträge zu Glyphosat, zu Rückständen von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln und in Gewässern. Wir haben den Vorschlag einer Abgabe auf Pflanzenschutzmittel mit vielen Akteuren im Landtag intensiv diskutiert und erweitert.

Mit einem Gesetzentwurf zur Änderung des Landeswassergesetzes wollen wir die Bebauung an Deichen, Steilküsten und Ufern und besonders in von Überflutung gefährdeten Gebieten neu regeln. Auch die Herausforderungen des Klimawandels machen diese Anpassung erforderlich.



---

**Kontakt:**

LANDTAGSFRAKTION  
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN  
Düsternbrooker Weg 70, 24106 Kiel

Tel: (0431) 988 1500

E-Mail: [fraktion@gruene.ltsh.de](mailto:fraktion@gruene.ltsh.de)

[www.sh-gruene-fraktion.de](http://www.sh-gruene-fraktion.de)

Vi.S.d.P.: Claudia Jacob

Gestaltung: Bettina Aust

April 2016

---